

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/111

13. Juni 1973

Reformbedürftige "alte" Bundeswehr

Schmerzhaftes Eingriffe sind unvermeidlich

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Eine Chance, mehr nicht

Zum Führungswechsel in der CDU

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

Hamburgs Chance in Europa

Erfolge der Friedenspolitik zeichnen sich ab
- Türen der Gemeinschaft öffnen

Von Paul C. Vogel

Direktor der Staatlichen Pressestelle der
Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 5 bis 7 / 106 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 696 846 / 696 847
D. P. P. N.

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Reformbedürftige "alte" Bundeswehr

Schmerzhaftes Eingriffe sind unvermeidlich

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Bundestag verabschiedet in diesem Monat den letzten Verteidigungsetat für die "alte" Bundeswehr. Die Zielrichtung der angekündigten Strukturreform muß bereits im Etat 1974 erkennbar sein. Jedoch sollte niemand den zwingenden Zusammenhang zwischen Strukturreform, Gewichtung des Verteidigungsetats, militärstrategischen Konzept und MBFR übersehen.

Im militärstrategischen Konzept muß der politische Wille der Bundesregierung über Art und Dauer der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland in einem Konfliktfall zum Ausdruck kommen. In der neuen Wehrstruktur sind die praktischen Konsequenzen aus dem politischen Willen der Bundesregierung zu ziehen. Der Verteidigungsetat hat in seinen Schwerpunkten denen der Wehrstruktur zu entsprechen. Die neue Struktur der Bundeswehr muß zudem "MBFR-gerecht" sein, d.h. die Bundeswehr ist so zu strukturieren, daß Konferenzerfolge - Reduzierungen - umgesetzt werden können, ohne die Verteidigungsfähigkeit in Frage zu stellen.

Keine der vorzusehenden Veränderungen darf isoliert geschehen. Ohne Koordinierung und Absprache im Bündnis könnte sonst eine Entsolidarisierung einsetzen, die sicherheitspolitisch nicht zu verantworten ist. Die Erfolge unserer Außenpolitik, die ganz entscheidend auf der Solidaxität des Bündnisses beruhen, würden aufs Spiel gesetzt.

Worum geht es bei der Strukturreform für die Bundeswehr? Die Bürger der Bundesrepublik haben von 1956 bis 1971 über 230 Milliarden DM für die äußere Sicherheit ausgegeben. 1972 waren es über 24 Milliarden, 1973 werden es über 26 Milliarden sein. Trotzdem beginnt der Einsatzwert der Bundeswehr zu sinken. Die Steigerungs-

beträge für Personal und Reparaturkosten sind wesentlich höher als der Etatzuwachs von Jahr zu Jahr. Neue Waffen- und Gerätegenerationen kosten oft das Doppelte ihrer Vorgänger. Der "Betrieb" Bundeswehr muß rationalisiert werden, wenn er nicht Konkurs anmelden will. Rationalisiert die Bundeswehr, wenn der Steuerzahler einen Sicherheitswert erhält, der seinen finanziellen Aufwendungen entspricht. Diese Garantie wird er in Zukunft ohne schmerzhaftes Eingriffe in die Struktur der Bundeswehr nicht mehr bekommen können. Es geht bei der Wehrstrukturreform nicht darum, sich an einem angemessenen NATO-Beitrag vorbeizumogeln, sondern um eine effektive Verwendung der vorgesehenen Finanzmittel.

Vor dieser Aufgabe, die nicht ohne Reibereien mit den eigenen Teilstreitkräften und der Rüstungsindustrie ablaufen wird, stehen im übrigen auch andere NATO-Staaten. Die jetzt vielgescholtene niederländische Regierung wird Veränderungen vornehmen. Sie bezweifelt zu Recht, daß es für ein Land ihrer Größenordnung noch verantwortbar ist, sich drei Teilstreitkräfte zu leisten.

Die NATO-Staaten nehmen das alle gemeinsam betreffende Sicherheitsrisiko nicht ernst, wenn sie sich nicht endlich auf eine qualifizierte Arbeitsteilung verständigen. Sie sind darauf angewiesen, unter Beibehaltung gleichbleibender finanzieller Leistungen jedes NATO-Staates und bei Aufrechterhaltung personeller Präsenz der Bündnisstaaten an der innerdeutschen Grenze sich zu spezialisieren. Außer der Sowjetunion ist kein europäischer Staat imstande, sich aus eigener Kraft zu verteidigen. Es gibt also keine Alternative zur Bündnissolidarität. Die drei anderen theoretisch denkbaren Alternativen - nationale Verteidigungsfähigkeit, Neutralität oder Bündniswechsel - sind derart abwegig, daß sie nicht diskutiert werden brauchen. Da es also auch für die Bundesrepublik keine ernst zu nehmende Alternative zur derzeitigen sicherheitspolitischen Konstruktion NATO gibt, liegt es in unserem Interesse, die Arbeitsteilung voranzutreiben und damit größere Abhängigkeit in Kauf zu nehmen.

Ich habe den Eindruck, daß die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung in den Demokratien und die der Parlamentarier für eine qualifizierte Arbeitsteilung größer ist, als die der Regierungen. Ich frage mich, ob nicht falsches Prestigebedürfnis der Exekutiven immer neue Gründe gegen eine qualifizierte Arbeitsteilung erfindet.

Die nationale Verteidigungsfähigkeit überfordert unsere Kräfte. Sie darf deshalb auch nicht zur politischen Forderung erhoben werden. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Grundlinien muß die Strukturreform für die Bundeswehr in dieser Legislaturperiode vollzogen werden. (-/13.6.1973/ks/ex)

+ + +

Eine Chance, mehr nicht

Zum Führungswechsel in der CDU

Jede Demokratie braucht, wenn sie lebendig und gar wenn sie lebenskräftig sein soll, das Für und das Gegen, die führende Partei und die opponierende, und es können mehrere Parteien auf der einen und auf der anderen Seite sein. Aber es müssen gestandene Parteien sein, Gebilde, die wissen, was sie wollen und die ein Konzept ihres Wollens haben, das sie auch im politischen Tageskampf nicht aus dem Auge lassen. Eine Organisation, die sich Partei nennt und nicht in der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit ihren gesicherten Standort hat, ist ein politischer Haufen, der keine bleibende Wirkung ausübt. Da helfen auch keine neuen Vorsitzenden und Beisitzer. Der bisherige Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union in der Bundesrepublik, Dr. Rainer Barzel, hat seiner Partei zum Abschied gesagt, sie müsse eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit betreiben und sie müsse die junge Generation gewinnen, indem sie eine Reformpolitik verwirkliche. Also muß die CDU von vorn anfangen, denn beides hat sie bisher nicht getan, obwohl sie es immer wieder proklamierte.

Es kommt darauf an, Politik nicht zum Thema für Ansprachen, Versprechungen und Wahlkämpfe zu erniedrigen. Es kommt auf Beständigkeit und auf die Wahrheit der Tat an. Dem Vorgänger hat es dazu an Zivilcourage gefehlt. Wird der Nachfolger sie haben? Will er, wird er sich mit einem klaren Sozialprogramm in der von ihm geführten Partei durchsetzen, der neu gewählte Vorsitzende der CDU, der 43 Jahre junge Helmut Kohl? Wird er es gegen den Widerstand gesellschaftspolitisch rückständiger, aber mächtiger (und - notabene - finanzstarker) zwar kleiner, aber hörbar lauter Gruppen tun, tun können? An den praktischen Vorschlägen wird gemessen werden, wie stark der Politiker Kohl ist oder auch nur sein will. Die vor uns liegenden Jahre werden die Entscheidung verlangen, wie ein vernünftiges Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital ge-

schaffen werden kann, wie es aussehen soll und wie es verwirklicht wird. Daran mitzuarbeiten wird die Hauptaufgabe auch der CDU und jeder anderen Partei in der Bundesrepublik sein müssen.

Die Bundesrepublik Deutschland sucht aber auch eine mutige Opposition, die ihre Augen nicht vor den politischen Entwicklungen in der Welt verschließt, die bereit ist, neue Wege zu gehen, auch wenn sie nicht herkömmlich sind und wenn sie Mut zum Wagnis verlangen. Es gibt keinen Standpunkt außerhalb der Welt, in der wir leben, von dem aus sie aus den Angeln gehoben werden kann. Sie ruht in der Ordnung vielfach differenzierter Entwicklungen. Es gibt einen Zwang zur Berücksichtigung aller Tatsachen und Zusammenhänge und es muß geben die Bereitschaft und den Willen, jeweils das beste aus dem zu machen, was sich bietet und formen läßt.

Wir glauben, daß Helmut Kohl es weiß, daß die nun von ihm nicht nur zu repräsentierende, sondern zu führende Partei sich künftig nicht mehr gegen notwendige Schritte sperren darf, wenn sie nicht den Kontakt zu einem politisch informierten Volk und vor allem zu einer Jugend verlieren will, die, auch wenn sie Visionen folgt, nüchterne Hilfe akzeptiert, sofern sie redlichen Sinnes gewährt wird. Das Volk aber sind viele Millionen Menschen mehr als nur die vom irdischen Glück gesegneten Zeitgenossen, die in gesicherten Positionen aus größeren Höhen einen besseren Überblick zu besitzen glauben. Anspruch auf ein Leben in sorgender, helfender Verbundenheit haben alle Menschen, aber die Vielen mehr als die Wenigen.

Kohl tritt ein schweres Amt an. Er hat dazu eine Chance bekommen, mehr nicht. Ihm steht ein Vorstand zur Seite, der den notwendigen Willen zum Fortschritt noch beweisen muß, nicht in der Polemik, sondern in der konstruktiven politischen Entscheidung. Der Partei, die ihren Vorsitzenden wählte, fehlt ein praktisches, realistisches Programm. Das wird die erste Aufgabe bleiben, es zu schaffen. Die Atmosphäre, in der diese Arbeit zu leisten ist, wird kühl sein. Kohl wird wissen müssen, zu wem er gehört, und daß die vielgenutzte Phrase, allen dienen zu wollen, ihn nicht über die Pflicht hinweghebt, jenen Treue halten zu müssen, zu deren Lebensrechten er sein Ja gesagt hat, daß man dann ehrlich zusammenbleiben muß und zusammen ehrlich zu sein hat. Die innere Situation der CDU ist nach der Geschichte der Partei, wie sie seit Konrad Adenauers Führung von ihr selbst geschrieben wurde, die schwere Last dieses Mannes. Um des Ganzen willen, für das alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland zu wirken haben, ist ihnen Glück und Befriedung zu wünschen.

Fritz Sängler
(-/13.6.1973/bgy/ex)

+ + +

Hamburgs Chance in Europa

Erfolge der Friedenspolitik zeichnen sich ab - Türen
der Gemeinschaft öffnen

Von Paul O. Vogel

Direktor der Staatlichen Pressestelle der Freien
und Hansestadt Hamburg

Vor 15 Jahren, als die Verträge von Rom unterschrieben wurden, die den Beginn der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft markieren, erhoben sich in Hamburg warnende Stimmen. Sie sahen in der EWG ein Instrument weiterer Zersplitterung in Europa, sie sahen in der EWG vor allem die Gefahr wirtschaftlicher Blockbildung zu Lasten weltweiter Verbindungen, die für Hamburg so wichtig sind; dem Hamburger Senat und den Hamburger Kaufleuten stand die Tatsache vor Augen, daß zwei Drittel des hamburgischen Handels sich mit Ländern vollzog, die der neuen europäischen Gemeinschaft nicht angehören würden.

Die damaligen Befürchtungen und Warnungen waren nicht unberechtigt. Der Prozeß der Blockbildung in Europa ist gefördert worden, die Beschränkung auf zunächst nur sechs Mitgliedstaaten stand einer wirklich europäischen Entwicklung hemmend im Wege, das Ringen um Marktordnungen verdeckte zunehmend die politischen Ziele der Gemeinschaft, der hamburgische, der deutsche Handel mit den nicht zur EWG gehörenden Ländern entwickelte sich deutlich langsamer als der Handel der Gemeinschaft untereinander. Dies war vor allem auf dem Agrar-Sektor und insbesondere in Bezug auf die skandinavischen Länder zu spüren, die Hamburgs traditionelle Handelspartner waren und sind.

Manche der Fehlentwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft sind beklagenswert weit vorangeschritten. Einige dieser Fehlentwicklungen wurden uns in der Bundesrepublik in vollem Umfang eigentlich erst bewußt aus der Argumentation der Gegner eines EWG-Beitritts von Dänemark und Norwegen.

Vor allem die norwegischen EWG-Gegner haben bei aller Übertreibung ihrer Argumente doch viele Europäer mehr als nachdenklich

gemacht. In Brüssel drohte - und droht noch immer - die Gefahr, daß der europäische Gedanke vom Streit um Agrarpolitik, um Abschöpfungen, von der Sprache der Bürokraten, von der Blutleere des Brüsseler Europa-Geschehens verschüttet wird.

So gesehen mag das Nein Norwegens, wie bedauerlich es auch ist, sogar eine heilsame Wirkung gehabt haben. Hamburg hat immer schon vor genau dieser in Brüssel sichtbar gewordenen Entwicklung warnend seine Stimme erhoben und darauf hingewiesen, daß Europa mehr sein müsse als ein Wirtschaftsclub von sechs oder neun Ländern, daß es vor allem um die politische Einigung Europas gehen müsse, daß die europäischen Bevölkerungen viel unmittelbarer an die europäischen Einrichtungen herangeführt werden müssen.

Bei aller Sorge um den Stand der europäischen Einheit kann aber nicht zuletzt auch aus Hamburger Sicht festgestellt werden, daß die Fortschritte in Europa bei weitem die negativen Seiten des Bildes überwiegen: Die Gemeinschaft ist um drei neue Mitgliedstaaten erweitert. Eine Politik, für die sich Hamburg immer wieder eingesetzt hat, kann damit einen bedeutenden Erfolg verzeichnen. Die Einsicht, daß Europa auch politisch zusammenwachsen muß, hat starke Impulse erhalten. Dazu hat vor allem der Schock der Währungskrisen beigetragen, die eben nicht in nationalen Alleingängen gelöst werden können. Die Wirtschaft der EWG-Partner hat starke Impulse erhalten. Der Lebensstandard der Menschen in der EG - wie die Europäische Gemeinschaft unter bewußter Weglassung des Wortes "Wirtschaft" neuerlich genannt wird - ist, wenn auch regional unterschiedlich, so gewachsen, daß der Anschluß an die statistische Spitzengruppe erreicht wurde. Im Welthandel ist die Gemeinschaft schon heute der stärkste Faktor, und Hamburg hat natürlich von dieser Entwicklung seinen Nutzen gehabt.

Aber bei aller Genugtuung über die unerwartete Zunahme der hamburgischen Handelsbeziehungen mit den Partnerländern der EG, bei aller berechtigten Freude über die unbestreitbaren Fortschritte im Zusammenwachsen der europäischen Nationen, vor allem durch die

intensiven Begegnungen der Touristen, der jungen Menschen, ist für das ganze Europa ein Faktor von herausragender Bedeutung: Es ist das Ende des Kalten Krieges in Europa.

Bei aller Nüchternheit, die im Verhältnis zu kommunistischen Staaten geboten ist, kann festgestellt werden: Der Erfolg einer konsequenten Friedenspolitik, wie sie vor allem die Bundesregierung verfolgt, beginnt sich abzuzeichnen. Es ist falsch, diesen Erfolg ausschließlich, wie es einige tun, an dem zu messen, was noch nicht erreicht ist. Wir stehen erst am Beginn der Wende von einer über zwei Jahrzehnte währenden Politik der Konfrontation zu einer Politik der Kooperation.

Wer da erwartet, daß nun gleich alles gebessert werde, was sich auf beiden Seiten und auch durch Schuld beider Seiten zum Schlechten gewendet hat, der ist ein Illusionist oder will die ganze Richtung nicht; Hamburg, stets Anhänger einer nüchternen Politik gegenüber dem Osten, hat nie an den Nutzen der Konfrontation geglaubt, aber auch nie vermutet, daß von einem Jahr zum anderen die Entwicklung in ihr Gegenteil gekehrt werden könnte. Die Errichtung des sowjetischen Generalkonsulats in Hamburg, der polnische Schiffbau-Riesenauftrag an eine Hamburger Werft, der Besuch Breschnjews in der Bundesrepublik, die unbestreitbare Zunahme des Reiseverkehrs in die DDR sind eindeutig positive Zeichen.

Es öffnet sich in Europa eine langfristige Perspektive des Friedens, und es werden damit auch die Verkehrs-, die Handelsströme innerhalb der Gemeinschaft, aber auch mit anderen europäischen Regionen, vor allem dem Osten, wachsen. Wenn dafür gesorgt wird, daß die Türen der Gemeinschaft für die Länder in Übersee offenbleiben, wird Europa noch mehr als bisher ein bestimmender, ein blühender Faktor im Welthandel sein.

Hier liegen die Chancen, hier liegen die Aufgaben für Hamburg. Hamburg muß sich weiterhin dafür einsetzen, daß sich in der Gemeinschaft die liberalen Kräfte, die einen offenen Kurs wollen, durchsetzen. Wir müssen unsere weltweiten Verbindungen pflegen und ausbauen, wir müssen die Chancen des Grundvertrags konkret nutzen und unsere traditionellen Beziehungen zu den Regionen östlich der Elbe stärken.

Die Warenströme in Europa werden weiter wachsen; wir sind darauf vorbereitet. Es ist Hamburgs Aufgabe in Europa, weit über die Ebene des Handels, der Wirtschaft hinaus, daran mitzuwirken, daß Menschen und Nationen einander näherrücken. Unsere Chance in Europa heißt Frieden, heißt Zusammenarbeit, heißt Verständigung! Diese Chance gilt es zu verteidigen gegen die Utopisten und gegen die Abgrenzer; wer in und mit Europa vorankommen will, braucht einen langen Atem.

(-/13.6.1973/ks/ex)